KONZERNVERANTWORTUNG

Kinderarbeit für die Schweiz

Lafarge-Holcim soll in Uganda nicht nur über zehn Jahre lang von Kinderarbeit profitiert haben. Der Baustoffkonzern mit Hauptsitz in Rapperswil-Jona drücke sich nun auch vor der Wiedergutmachung. Zu diesem Schluss kommt ein neuer Bericht von Brot für alle und Fastenopfer, den die Hilfswerke zusammen mit einer ugandischen Partnerorganisation erstellten. Demnach bezog die Tochterfirma Hima Cement im ostafrikanischen Staat Vulkangestein, das teilweise von rund 150 minderjährigen MinenarbeiterInnen abgebaut wurde. Im März 2016 wurde dies publik, und Hima Cement wechselte seine Zulieferer. Doch die Kinder, von denen viele für ihre gefährliche Arbeit die Schule abgebrochen hatten, seien seither sich selbst überlassen. Gemäss Uno-Prinzipien liege es in der Verantwortung der Firma, Wiedergutmachung zu leisten und den Kindern eine angemessene Zukunftsperspektive zu ermöglichen.

Gegenüber der WOZ weist Lafarge-Holcim die Vorwürfe zurück: Unabhängige Untersuchungen vom April 2016 – nachdem der Skandal publik geworden war – hätten keinen Hinweis darauf ergeben, dass Hima Ciment oder seine Lieferanten Kinderarbeit genutzt hätten.

Die Schweiz stemmt sich gegen eine verbindliche Haftungsregelung; der Bundesrat setzt auf die Förderung «freiwilliger Instrumente». Möglicherweise spielt da die Angst mit, die Führungsposition im globalen Rohstoffhandel an Singapur zu verlieren.

Frankreich hingegen hat seine Gesetzgebung im Februar verschärft: Konzerne können neu in Frankreich eingeklagt werden, wenn Recht durch deren Tochterunternehmen im Ausland verletzt wurde. Analoges verlangt die «Konzernverantwortungsinitiative», die in der Schweiz wohl 2018 zur Abstimmung kommt.

Im April musste Lafarge-Holcim-Chef Eric Olsen seinen Sessel räumen, nachdem sich der Verdacht erhärtet hatte, dass das lokale Management in Syrien Schutzgeldzahlungen an den sogenannten Islamischen Staat geleistet hatte, um ein Zementwerk in deren Gebiet weiterbetreiben zu können. ROMAN ENZLER

SÜDKOREA VOR DER WAHL

Lässt Moon die Sonne scheinen?

Moon Jae In hat gute Chancen, neuer Präsident Südkoreas zu werden. Der Sozialliberale setzt sich für mehr Gleichheit im Land ein und will den Dialog mit Pjöngjang wieder aufnehmen.

VON RAINER WERNING

Bei seinen Auftritten ist Moon Jae In die gute Laune anzusehen. Der 64-jährige sozialliberale Kandidat der Demokratischen Partei Koreas (DPK) hat bei der vorgezogenen Präsidentschaftswahl am 9. Mai die besten Chancen, als Sieger ins Blaue Haus, den präsidialen Amtssitz in Seoul, einzuziehen. Aus dem Umfeld der im März wegen Amtsmissbrauch und Korruption ihres Amtes enthobenen Präsidentin Park Geun Hye hat er keine Konkurrenz zu befürchten. Vor einigen Tagen schickte er seinem Wahlkampfteam per SMS die freudige Botschaft: «Ich fühle den Sieg in meinen Knochen.» Er, die DPK und auch das Volk, so Moon, würden triumphieren.

Kernthemen: China und der Norden

Neben Moon stehen vier weitere KandidatInnen zur Wahl, von denen allerdings nur Ahn Cheol Soo von der zentristischen Gungminui-Partei (Partei der Bürger) eine echte Chance hat. Ahn ist Mediziner und Ingenieur und hat an renommierten Universitäten in Südkorea und den USA studiert. Der 55-Jährige baute sein Unternehmen Ahn Lab zum landesweit grössten Softwareentwickler für Computersicherheit auf. Daneben hat die 58-jährige Sim Sang Jung von der fortschrittlichen Gerechtigkeitspartei aufhorchen lassen. Sim entstammt im Gegensatz zu den anderen Kandidaten einfachen Verhältnissen, war lange Zeit Fabrikarbeiterin und hat sich in Arbeits- und Gewerkschaftskämpfen profiliert. Sie ist die einzige Kandidatin, die sich für die Rechte von Schwulen, Lesben und Transpersonen einsetzt.

Ein Kernthema des Wahlkampfs ist die Haltung des Landes zur Volksrepublik China. Der grosse Nachbar ist nicht nur ein wichtiger Handelspartner, sondern als engster Verbündeter Nordkoreas auch am ehesten dazu in der Lage, mässigend auf die Ambitionen des Regimes auf nukleare Aufrüstung einzuwirken. Zuletzt hat Beijing indes die Installierung des US-Raketenabwehrsystems Thaad (Terminal High Altitude Area Defense) in Südkorea kritisiert und als Gegenmassnahme einen Boykott südkoreanischer Produkte verhängt sowie den Tourismus nach Südkorea stark gedrosselt.

Moon Jae In.
FOTO: KEYSTONE

Moon Jae In hat die Thaad-Installierung als «überstürzt» bezeichnet. Er verfolgt damit einen Kurs, der an das Jahrzehnt der «Sonnenscheinpolitik» anknüpft: Von 1998 bis 2008 hatten die beiden Präsidenten Kim Dae Jung (1998–2003) und Roh Moo Hyun (2003–2008) versucht, das Verhältnis zu Nordkorea zu entschärfen. Beide Politiker waren in ihrer Amtszeit in die nordkoreanische Hauptstadt Pjöngjang gereist, um die Aussöhnung zwischen Nord und Süd voranzutreiben. Moon ist ein alter Weggefährte Rohs: Vor Jahren hatte er gemeinsam mit dem Expräsidenten in der Hafenstadt Busan eine Anwaltskanzlei betrieben, die sich für verfolgte nordkoreanische Menschen- und BürgerrechtlerInnen einsetzte. 2002 leitete er dann Rohs Wahlkampagne und bekleidete nach dessen Sieg führende Positionen im Blauen Haus, unter anderen das Amt des Stabschefs.

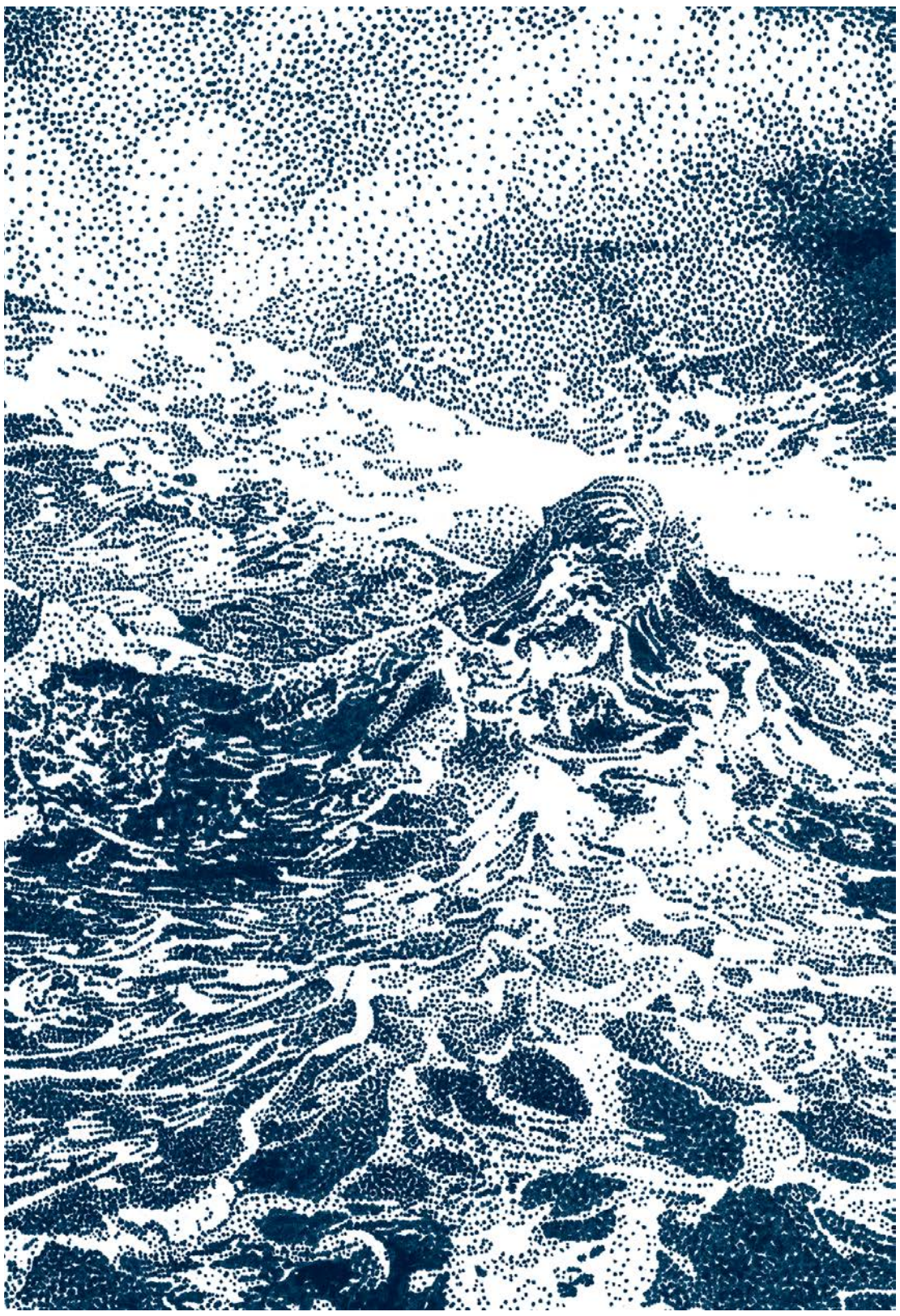
Diesmal ohne Cyberwar

Innenpolitisch kann Moon im laufenden Wahlkampf damit punkten, dass er sich für eine Entflechtung von Politik und Wirtschaft einsetzt, was sich vor allem gegen die Chaebol genannten grossen Finanz- und Wirtschaftskonglomerate richtet. Ausserdem will er Wohnungen für junge Ehepaare und Haushalte mit niedrigem Einkommen bauen und darauf hinarbeiten, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Sein Gegenspieler Ahn setzt dagegen vor allem auf «wirtschaftliche Innovation», die der wachsenden Zahl von HochschulabsolventInnen Jobperspektiven eröffnen soll. Im Wahlkampf wirkte er indes blass und selbstherrlich.

Trotzdem sah es vor einigen Wochen noch so aus, als würde alles auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Moon und Ahn hinauslaufen. Die jüngsten Umfragen zeigen nun, dass Moons Vorsprung komfortabel ist: Ende April gaben 44 Prozent an, ihn wählen zu wollen, während Ahn auf 23 Prozent abgesackt ist.

Geschieht nichts Unvorhergesehenes, wird Moon also der zwölfte Präsident Südkoreas werden. Es ist sein zweiter Anlauf: Im Dezember 2012 war er Park Geun Hye noch knapp unterlegen. Diese hatte damals gemeinsam mit den Spitzen des Geheimdiensts und Teilen der Armee alles dafür getan, Moon als «gefährlichen Linken» und «Sympathisanten Nordkoreas» zu diskreditieren: Der Geheimdienst und eine militärische Cyberwar-Einheit hatten in sozialen Netzwerken millionenfach Botschaften platziert, die Park anpriesen und vor ihrem Konkurrenten warnten. Diese illegale Parteinahme brachte dem Geheimdienstdirektor Anfang 2015 eine dreijährige Haftstrafe ein.

REKLAME



Immer wieder ertrinken Menschen auf der Flucht übers Mittelmeer. Wir lesen die Meldungen – doch was geschieht da wirklich vor der Küste Libyens?

WOZ-Redaktorin Noëmi Landolt war im letzten Herbst zwei Wochen mit dem Seenotrettungsschiff «Sea Watch 2» unterwegs. Ihre Erlebnisse hat sie in einem Logbuch festgehalten, das nun als Buch erhältlich ist.

MISSION MITTELMEER
Von Noëmi Landolt

Landolts Bericht über die katastrophale Situation soll möglichst viele Menschen erreichen. Deshalb hat «Mission Mittelmeer» keinen fixen Preis: Sie bestimmen selbst, wie viel Sie dafür geben möchten. (Die Herstellungskosten betragen rund zehn Franken.)

Einen allfälligen Überschuss wird eine Hilfsorganisation erhalten, die sich für Flüchtlinge einsetzt.

Bestellen Sie «Mission Mittelmeer» unter www.woz.ch/missionmittelmeer, via shop@woz.ch (Adresse und Anzahl Exemplare) oder 044 448 14 14.